



CDU BRANDENBURG

Positionspapier der CDU Brandenburg anlässlich des 60. Jahrestages der Römischen Verträge

„Bekenntnis zu einem starken Europa – Zusammenarbeit, wo nötig, und Eigenverantwortung, wo möglich“

Die Einigung Europas als großartige Erfolgsgeschichte

Der europäische Einigungsprozess mit seinen vier Grundfreiheiten für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital sowie dem gemeinsamen Markt und der Zollunion hat in den letzten Jahrzehnten maßgeblich dazu beigetragen, Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa zu schaffen und zu sichern. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die friedliche Lösung von Konflikten in der Europäischen Union sind weltweit betrachtet keine Selbstverständlichkeit, sondern eine einmalige Errungenschaft. Für viele Menschen weltweit ist Europa heute deshalb eine Quelle der Inspiration.

Die Grundlage für diese großartige Erfolgsgeschichte einschließlich der Überwindung der Teilung Europas, die insbesondere an der deutsch-polnischen Grenze spürbar gewesen ist, wurde vor 60 Jahren in den Römischen Verträgen gelegt. Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Einigung Europas und zur deutsch-polnischen Freundschaft war der Fall des „Eisernen Vorhangs“, der Europa über Jahrzehnte hinweg getrennt hatte. Die europäische Einigung ist deshalb gerade für Deutschland ein Segen. Auf Dauer geht es uns nur dann gut, wenn es auch Europa gut geht. Für die CDU ist Europa deshalb nicht nur eine Sache des Verstandes, sondern auch eine Herzensangelegenheit. Wir wollen ein handlungsfähiges und starkes Europa.

Die Europäische Union als Bereicherung für Brandenburg

Auch das Land Brandenburg im Herzen Europas profitierte enorm von der europäischen Integration und der regionalen Zusammenarbeit – und wird dies weiterhin tun. Mit unserem Nachbarn Polen verbindet Brandenburg heute eine enge nachbarschaftliche Beziehung, von der beide Seiten maßgeblich profitieren. Diese grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit gilt es in Zukunft zu fördern und zu intensivieren.

Seit der deutschen Wiedervereinigung wurden in Brandenburg rund 10 Milliarden Euro aus den Fonds der Europäischen Union investiert. Ohne diese Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) hätte das Land Brandenburg nicht eine solche positive Struktur- und Wirtschaftsentwicklung nehmen und insbesondere den immens schwierigen Strukturwandel in den 1990er Jahren bewältigen können.

Die Landesregierung muss die Interessen Brandenburgs auf Europäischer Ebene noch intensiver vertreten. Insbesondere bei der Ausgestaltung der europäischen Förderpolitik und der Ausrichtung der Strukturfonds zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Regionen nach 2020 bedarf es dafür einer stärkeren Präsenz Brandenburgs in Brüssel – und zwar jetzt.

Aus unserer Sicht sind künftig weniger Zentralismus und eine größere Flexibilität in den operationellen Programmen gefragt, um die gezielte Inanspruchnahme und rechtzeitige Durchführung dieser Fonds zu verbessern. Wir halten es u.a. für unabdingbar, Synergien zwischen den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds und anderen Finanzierungsinstrumenten, darunter dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), zu optimieren. Nur so lassen sich passfähige Lösungen für das Land Brandenburg entwickeln. Dazu fordern wir eine deutliche Verringerung des Bürokratieaufwands, um gerade kleineren Unternehmen, Start-Ups, Landwirten und Kommunen den Fördermittelzugang zu erleichtern.

Die Herausforderungen Europas gemeinsam bewältigen

Europa wurde in den vergangenen Jahren durch mehrere Krisen erschüttert: Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Flüchtlingswanderung. Globale Unsicherheiten wie der internationale Terrorismus werden Europa weiter fordern. Auch der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU („Brexit“) stellt Europa vor große Aufgaben. Mit den Herausforderungen ist bei den Bürgerinnen und Bürgern in Europa die Skepsis in Bezug auf europäische Lösungsansätze gewachsen, auch in Deutschland. Die Akzeptanz in der europäischen Bevölkerung für europäische Projekte ist heute kein Selbstläufer mehr. Der bloße Verweis auf historische Errungenschaften reicht als europäische Handlungslegitimation nicht mehr aus. Jedes neue Vorhaben erfordert eine sorgfältige Begründung im Einzelfall.

Europa muss deshalb seine Anstrengungen auf grenzüberschreitende und gesamteuropäische Herausforderungen konzentrieren, die noch vor uns liegen – wie Migration, Sicherheit, Verteidigung, Terrorismusbekämpfung, Schutz der EU-Außengrenzen und Klimawandel.

Kein Mitgliedstaat wäre in der Lage, diese globalen Herausforderungen alleine besser zu bewältigen. Deshalb kommt es heute mehr denn je auf den Zusammenhalt in Europa an. Nur gemeinsam kann Europa seine Handlungsfähigkeit und Zukunftsfestigkeit beweisen. Und nur zusammen haben die Mitgliedstaaten eine gewichtige Stimme in der Welt. Der Zusammenhalt in der EU ist unsere Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.

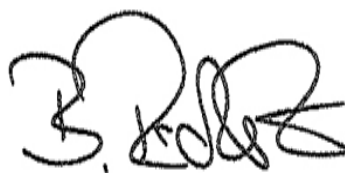
Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Staats- und Regierungschefs der 27 in der EU verbleibenden Mitgliedstaaten (EU-27) im September 2016 eine politische Reflexion über die Weiterentwicklung der EU-27 ohne Großbritannien angestoßen haben. Dieser Prozess wird über das informelle Treffen anlässlich der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge am 25. März 2017 hinaus fortgesetzt. Der Brexit eröffnet der EU-27 die Chance, ihre Zusammenarbeit voranzubringen und damit den europäischen Zusammenhalt zu stärken.

Die Eigenverantwortung von Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten achten

Aber nicht alle Herausforderungen sind von globaler Natur. Und nicht jedes Problem in Europa ist ein Problem für Europa. Die Nationalstaaten und ihre Regionen werden deshalb unverzichtbar bleiben. Aus ihnen speist sich die Identität der Bürgerinnen und Bürger. Für uns gilt der Grundsatz: Europäische Gesetzgebung brauchen wir nur dann, wenn grenzüberschreitender oder gesamteuropäischer Regelungsbedarf besteht. Was in Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten besser geleistet werden kann, sollte auch dort erledigt werden. Das Subsidiaritätsprinzip muss deshalb bei allen europäischen Vorhaben Beachtung finden.



Ingo Senftleben MdL
Landesvorsitzender
CDU Brandenburg



Barbara Richstein MdL
Europapolitische Sprecherin
CDU-Landtagsfraktion Brandenburg



Michael Stübgen MdB
Vorsitzender Landesgruppe Brandenburg
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Dr. Christian Ehler MdEP
Stellv. Vorsitzender
CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament